

Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen

Normierende Qualitätssicherung oder dialogorientierte Qualitätsentwicklung?

Nachdem die Qualitätsdebatte durch die veränderten Fassungen des § 93 BSHG bereits Einzug in die Soziale Arbeit gehalten hat, erreicht das Qualitätsthema mit der Neufassung der Finanzierungsregelungen in §§ 77, 78a-g KJHG nun auch den gesetzlichen Rahmen der Jugendhilfe. Der Gesetzgeber fordert für die stationäre und teilstationäre Jugendhilfe, dass neben einer Leistungsvereinbarung und einer Entgeltvereinbarung auch eine Vereinbarung über die Qualitätsentwicklung in einer Einrichtung abgeschlossen wird. Mit diesen gesetzlichen Regelungen wurde eine Vielzahl von Diensten und Angeboten der sozialen Arbeit in die Entwicklung von Qualitätsstandards bzw. -vereinbarungen einbezogen. Der nachfolgende Projektbericht informiert über die Implementierung von Leistungsvereinbarungen in verschiedenen Bereichen der Beratung.

Die Stadt Mainz ließ im Jahre 1998 das Beratungsstellenangebot im Jugend- und Sozialbereich untersuchen, um eine effiziente und effektive Infrastruktur an Beratungsdiensten in Mainz zu schaffen. Seit Herbst

2002 liegen die Ergebnisse dieser Untersuchung vor, auf deren Grundlage in einem ersten Umsetzungsschritt Leistungsvereinbarungen mit ausgewählten Beratungsstellen (Erziehungsberatung, Sucht- und Drogenberatung, Wohnsitzlosenberatung) geführt werden. In der Beratungsstellenarbeit kann aber – im Vergleich zu den stationären und teilstationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung – nur begrenzt auf erprobte Modelle zurückgegriffen werden. Daher kommt dem Vorhaben in Mainz ein exemplarischer Charakter für den gesamten Bereich sozialer Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz zu. Das ISS-Frankfurt a.M. wurde mit der Begleitung und Evaluation dieser Leistungsvereinbarungen beauftragt. Dazu wurde zunächst eine Recherche durchgeführt, bei der vorhandene Vorhaben im Beratungsstellenbereich erfasst, gesichtet und bewertet wurden. Damit sollten richtungsweisende Leistungsvereinbarungen identifiziert werden, die Impulse für das Vorhaben in Mainz geben können. Ein Schwerpunkt wurde dabei auf solche Modelle gelegt, die den Anspruch einer wirkungsorientierten Steuerung verfolgen. Wirkungsorientierte Steuerung gewinnt in den letzten Jahren als Reformkonzept für bundesdeutsche Kommunal- und

Liebe Leserin, lieber Leser,



der heiße Herbst der Sozialreformen hat viele Diskussionen angestoßen. Die Frage nach Ausgestaltung und Finanzierung sozialer

Dienstleistung steht mehr denn je im Mittelpunkt. In unserer letzten diesjährigen Ausgabe informieren wir Sie über aktuelle Diskussionsprozesse und geben Einblick in innovative Projekte. In den Berichten zu Veranstaltungen greifen wir das „alte-neue“ Thema Gender-Mainstreaming auf und wir berichten über das Lektorengespräch anlässlich der Veranstaltung Literatur und Soziale Arbeit, das im Rahmen der Frankfurter Buchmesse statt fand.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Hans-Georg Weigel
Direktor

Sozialverwaltungen zunehmend an Bedeutung. Dieses Konzept betrachtet nicht nur die Binnenreform, d.h. die Steigerung der Effizienz der Leistungserbringung, sondern stellt ebenso die Zielgenauigkeit sozialer Arbeit und die diesbezügliche Effektivitätssteigerung in den Vordergrund. Aufbauend auf insgesamt sechs best-practise Beispielen wurden den Beteiligten umfangreiche Empfehlungen für das weitere Vorgehen ausgesprochen. In den zurzeit laufenden Verhandlungen berät und unterstützt das ISS-Frankfurt a.M. die Beteiligten bei der Entwicklung geeigneter und auf die Bedürfnisse in Mainz zugeschnittener Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen.

AnsprechpartnerInnen im ISS:

Brigitte Rehling und Achim Puhl,

Tel.: 069 957 89-139/-140,

E-mail: brigitte.rehling@iss-ffm.de

und achim.puhl@iss-ffm.de



„Mein schlimmster Fall ...“

Bereits zum zehnten Mal führte das ISS-Frankfurt a.M. das Lektorengespräch „Literatur und Soziale Arbeit“ im Rahmen der Frankfurter Buchmesse durch. Unter dem Motto „Mein schlimmster Fall ... – Abgründe des Verlegens von Büchern der Sozialen Arbeit“ wurde ein tiefer Einblick in die verlegerische Arbeit gegeben. Dabei zeigten die vorgetragenen kuriosen Beispiele, dass das Verlegen nicht nur für die AutorInnen, sondern auch für die VerlegerInnen oft ein hartes Stück Arbeit darstellt.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde die allgemeine Situation der Fachverlage im Umfeld der Sozialen Arbeit und Psychiatrie erörtert. Dabei wurde deutlich, dass hier von einem Rückgang der Absatzzahlen trotz verlagsbezogenen Schwankungen keine Rede sein kann. Der enge Bezug der Verlage zu ihrem Zielpublikum und die hohe Identitätsbildung sind der Garant, dass nicht nur aktuelle Themenstellungen aufgegriffen werden, sondern auch die entsprechenden Bücher ihren Absatz finden. Generell besetzen die Fachverlage eher Nischensegmente, die den Marktveränderungen nicht so ausgeliefert sind, wie Verlage, die sich an ein großes Zielpublikum wenden.

Ein häufiger Wechsel der Inhaber und Zusammenschlüsse verschiedener Verlagssegmente sind kennzeichnend für die aktuelle Situation der Fachverlage. Hauptursachen hierfür sind fehlender Nachwuchs bei Familienunternehmen, hohe Renditeerwartungen und eine immer von Neuem vorgenommene inhaltliche Schwerpunktbildung der Verlage. Dennoch scheint es immer noch genügend Potenzial für den Ausbau von Verlagssegmenten zu geben und auch finanziell muss sich die Rendite der Fachverlage nicht hinter anderen Sparten verstecken.

Ansprechpartner im ISS:

Hans-Georg Weigel, Tel.: 069 95 789-112,

E-mail: hans-georg.weigel@iss-ffm.de ■

Gender Mainstreaming im Freiwilligen Sozialen Jahr

Anmerkungen zur Jahrestagung des Bundesarbeitskreises in Erfurt

Am 07. und 08. Oktober 2003 fand in Erfurt die diesjährige Jahrestagung zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) statt. Als thematischen Fokus hatte der Bundesarbeitskreis zum FSJ das Thema „Gender Mainstreaming“ gewählt. Das ISS-Frankfurt a.M. hat gemeinsam mit ISIS die Tagung organisiert und durchgeführt. Die Entscheidung des Bundesarbeitskreises zum FSJ für das Thema „Gender Mainstreaming“ kann als klug gewählt und mutig zugleich bezeichnet werden, denn das FSJ steht derzeit im Spannungsfeld von Debatten um die „Zukunft der Zivilgesellschaft“ einschließlich der Frage, ob der Wehrdienst erhalten bleibt. In diesem Kontext danach zu fragen, wie sich die TeilnehmerInnen-Struktur des FSJ aktuell entwickelt und welche Steuerungsnotwendigkeiten sich ergeben, ist trotz der kritischen Äußerungen im Vorfeld weitsichtig und notwendig.

Die Tagung fokussierte die Fragestellung, ob junge Männer in Zukunft stärker als bisher Zielgruppe des FSJ sein sollten. Während auf der einen Seite argumentiert wur-

de, dass der Anstieg des Anteils von jungen Männern im FSJ auf durchschnittlich 12% im letzten Jahr bereits ein deutliches Zeichen setzt, das aktiv aufgegriffen werden sollte, führte die andere Seite an, dass das FSJ heute bereits nicht in der Lage ist, allen interessierten Jugendlichen einen Platz vorzuhalten, so dass das verstärkte Ansprechen von Jungen eine ungerechtfertigte Verdrängung der Mädchen aus dem FSJ bedeuten würde.

Zentrales Ergebnis der Fachtagung war, dass es einer Prüfung der Folgen der neuen Gesetzgebung (§ 14c FSJÄndG) bedarf, die es jungen Männern ermöglicht, ein Freiwilliges Soziales Jahr abzuleisten und nicht zum Zivildienst herangezogen zu werden. Zwar hatte das BMFSFJ den Verdrängungseffekt vorausgesehen und verfügt, dass nur neu geschaffene FSJ-Stellen für diese jungen Männer bereit stehen dürfen. Nicht vorausgesehen wurde jedoch die Folge, dass in diesen neuen Handlungsfeldern, wie zum Beispiel im Bereich des Sports, Mädchen geringere Zugangsmöglichkeiten haben. Dies liegt vor allem daran, dass die Finanzierung bei einer Besetzung mit anerkannten Kriegsdienstverweigerern besser ist.

Ebenso lag Unmut in der Luft, weil die unterschiedliche Regelung der Zuschüsse dazu führt, dass sich Träger im FSJ konstituieren und von den Ländern anerkannt werden, die sich auf den Einsatz anerkannter Kriegsdienstverweigerer im FSJ spezialisieren. So befürchten die klassischen Träger das Entstehen einer parallelen Trägerlandschaft, die mit einer möglichen Verwässerung der erreichten Standards bei der pädagogischen Begleitung der jungen Engagierten im FSJ einhergeht.

Dass die Zukunft mehr junge Männer in das FSJ bringen wird, war am Ende der Tagung allen bewusst. Als zentrale zukünftige Anforderung an die Träger wurde definiert, im Sinne von Gender Mainstreaming „geschlechtstypisch verengte Handlungsoptionen von jungen Frauen und jungen Männern im FSJ zu erweitern“.

Ansprechpartnerin im ISS:

Irina Bohn, Tel.: 069 95789-158,

E-Mail: irina.bohn@iss-ffm.de ■



Zum Jahresausklang

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Jahr der Veränderungen geht zu Ende. Besonders die Diskussionen um die Sozialreformen haben Fragen nach Finanzierung und Organisationsform Sozialer Dienstleistungen aufgeworfen. Nicht immer gelingt es, Dienstleistungen auch mit weniger Mitteln aufrecht zu erhalten und letztendlich haben einige Träger ihre Arbeit eingestellt. Noch ist es zu früh für eine allgemeine Analyse, jedoch hat unser Armutsbericht aufgezeigt, dass Armut und Vorstufen zur Armut wieder zunehmen. Wir alle sind aufgefordert mit neuen Konzepten die demographische und wirtschaftliche Situation abzufedern. Mit unserer Arbeit stoßen wir Prozesse an und begleiten sie. Allen, die uns hierbei unterstützt haben, möchten wir herzlich danken. Wir wünschen einen angenehmen Jahresausklang und auch für das nächste Jahr viel Erfolg!

Stärken von Familien mit behinderten Angehörigen Bürgerschaftliches Engagement von/für/mit Familien mit behinderten Angehörigen

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB) geht zu Ende. Auf zahlreichen Tagungen, Kongressen und in lokalen Projekten wurde auf die Situation von Menschen mit Behinderungen aufmerksam gemacht und diskutiert, wie eine gesellschaftliche Teilhabe besser als bisher erreicht werden könne. Die Situation von Familien mit behinderten Angehörigen beleuchtete eine Bündnisplattform aus Familien- und Behindertenverbänden, die gemeinsam mit dem BMFSFJ initiiert und durch das ISS-Frankfurt a.M. moderiert wurde.

Inhaltlicher Kontext der Gründung einer Bündnisplattform war zum einen die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Bemühung zur Inklusion von „Familien mit behinderten Angehörigen“. Das BMFSFJ sah hierin einen besonderen Schwerpunkt. Zum anderen ist es zunehmend bedeutsam, dass sich die verschiedenen Organisationen, Verbände, Institutionen und Projekte für ein breites Bürgerschaftliches Engagement öffnen. Eine solche Perspektive wurde in der Kooperation von Familien- und Behindertenverbänden sowie von der Familien- resp. Behindertenhilfe und den Selbsthilfvereinigungen gesehen.

Mit der Gründung der Bündnisplattform wurde versucht, eben diese beiden Akteursgruppen stärker miteinander zu verzahnen: Einerseits wurden unterschiedliche Verbände und Vereinigungen aus den Bereichen der Familien- und der Behindertenhilfe in



die Bündnisplattform integriert. Andererseits wurde gemeinsam inhaltlich diskutiert, welche Zukunftsmodelle entwickelt werden könnten, um Familien mit behinderten Angehörigen zu stärken und besser in die Gesellschaft zu integrieren.

Die drei durchgeführten Workshops der Bündnisplattform hatten zum Ziel, im Querschnittsbereich von Familie und Behinderung gemeinsam darüber nachzudenken, welche Problemlagen und welche Potenziale bei Familien mit behinderten Angehörigen existieren, wie und wo Öffentlichkeit erreicht werden kann und schließlich, inwieweit eine Kampagne oder ein Wettbewerb zu einer Veränderung der Situation von Familien mit behinderten Angehörigen beitragen könne. Die inhaltliche Arbeit wurde zudem über eine Machbarkeitsstudie und eine begrenzte Befragung der an der

Bündnisplattform beteiligten Verbände erweitert, bei der Einschätzungen zu zentralen Fragestellungen in diesem Bereich erhoben wurden.

Als Ergebnisse der Plattform lassen sich festhalten, dass Familien mit behinderten Angehörigen einerseits Belastungen ausgesetzt sind, die ohne eine Verbesserung von Unterstützungssystemen zu einer gesellschaftlichen Desintegration führen. Andererseits verfügen diese Familien über spezifische

Kompetenzen, die weiten Teilen der Bevölkerung weder transparent sind, noch Eingang in Ehrenamtliches Engagement finden. Es wurde auch deutlich, dass Familien mit behinderten Angehörigen oft nicht über adäquate Zugänge zum gesellschaftlichen Leben verfügen. Hier ist es notwendig, über das EJMB hinaus das gesellschaftliche Miteinander zu stärken und zu fördern.

Die Sammlung von Informationen, die Diskussion der unterschiedlichen Sichtweisen und die Unterstützung durch Beratung von Außen haben letztendlich dazu geführt, dass die Bündnisplattform beschlossen hat, einen Projektantrag zur Durchführung eines Wettbewerbs an das BMFSFJ zu stellen, der momentan begutachtet wird.

Ansprechpartner im ISS:

Achim Puhl, Tel.: 069 95 789-140,

E-Mail: achim.puhl@iss-ffm.de



„Neue Wege in der Sozialpolitik“

Sozialbericht bewies Wirksamkeit des Programms im Main-Kinzig-Kreis

Seit vielen Jahren führt der Main-Kinzig-Kreis eine Sozialberichterstattung durch, um Erkenntnisse über die Lebenssituation der BürgerInnen und über Entwicklungsschwerpunkte in der sozialen Infrastruktur des Kreises zu gewinnen. Diese Informationen sind wichtige Steuerungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Politik und Verwaltung auf Kreisebene. Gerade in Anbetracht der nötigen Konsolidierung kommunaler Haushalte ist die Sozialberichterstattung ein effektives Werkzeug, um die vorhandenen Mittel zielgerichtet und problemgerecht einsetzen zu können.

„Beschäftigung statt Sozialhilfe“ ist das Motto der „Neuen Wege in der Sozialpolitik“ des Main-Kinzig-Kreises. Im Zentrum des von Sozialdezernent Erich Pipa ins Leben gerufenen sozial- und beschäftigungspolitischen Programms steht die Bemühung um eine Wiedereingliederung von SozialhilfeempfängerInnen in den Ersten Arbeitsmarkt. Man setzt auf intensive Beratung und konkrete Hilfestellungen bei der

Bewältigung der individuellen Lebenssituation. Dabei werden Arbeitshemmnisse unbürokratisch aus dem Weg geräumt. In Modellteams arbeiten Sozialamt und Arbeitsamt in den Brennpunktgemeinden vor Ort zusammen, die „Leitstelle Wohnen“ hilft bei drohender Obdachlosigkeit, Deutschkurse beseitigen sprachliche Barrieren auf dem Weg zum Job und Berufsorientierungskurse für Frauen vermitteln Perspektiven zum Wiedereinstieg ins Berufsleben. Zudem vermittelt der Kreis Tagesmütter und bildet benachteiligte Jugendliche aus.

Mit dem Berufsbildungs- und Beschäftigungszentrum (BBZ) in Gründau hat der Main-Kinzig-Kreis einen eigenen Betrieb gegründet, der arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen für den Ersten Arbeitsmarkt qualifiziert. Die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung des BBZ ist ein zentrales Instrument zur Eingliederung der ehemaligen SozialhilfeempfängerInnen in den Ersten Arbeitsmarkt. Die hauseigene Vermittlungsagentur des BBZ arbeitet mit über 700 heimischen Wirtschaftsunternehmen zusammen und sorgt für Passgenauigkeit von BewerberInnen und Stellenangebot. Der Kreis hat in mehr Personal, mehr Beratung und damit in die Zukunft von Menschen investiert, die derzeit arbeitslos sind. Und der Einsatz rechnet sich: Schon über 3.000 Menschen haben durch die Hilfen eine geregelte Beschäftigung aufnehmen können, was zugleich auch eine Entlastung der öffentlichen Hand bedeutet.

Das ISS-Frankfurt a.M. wurde mit der Gesamtanalyse des Programms im Rahmen der Erstellung des Sozialberichts beauftragt. Hierbei sollten einerseits die positiven Auswirkungen der Konzepte wissenschaftlich überprüft werden, andererseits aus den Erkenntnissen des Sozialberichts Konsequenzen für die zukünftige Steuerung der Sozialhilfe gezogen werden. Die Analyse gliederte sich in drei Bereiche. Zunächst wurden beson-



dere Problemgruppen in der Bevölkerung anhand der Sozialhilfestatistik des Kreises ausgemacht, anschließend die speziellen Probleme dieser Gruppen beleuchtet. Im dritten Schritt untersuchte das ISS-Frankfurt a.M., ob diese Probleme bei den bestehenden Maßnahmen der „Neuen Wege“ und bei der Entwicklung neuer Projekte angemessen berücksichtigt werden. Neben Datensammlung und Datenanalysen legte das ISS seinem Bericht auch eine Befragung ehemaliger SozialhilfeempfängerInnen zu Grunde. Die Auswertung der Untersuchungen mündete in Empfehlungen für das weitere Vorgehen.

Insgesamt zeigte sich in den Analysen, dass das Gesamtkonzept zu einer nachhaltigen Wiedereingliederung von SozialhilfeempfängerInnen in das Berufsleben führt. Von den 1.345 HilfeempfängerInnen, die allein von Anfang 2000 bis Ende 2002 in Arbeit vermittelt worden sind, können 85 Prozent auch heute noch ohne Sozialhilfe leben. Die „Neuen Wege“ bieten langanhaltende Perspektiven für ein Leben ohne Sozialhilfe, so ein Fazit des Berichts. Der Bericht kann beim Main-Kinzig-Kreis unter ute.horstmann@mkk.de angefordert werden.

Ansprechpartnerin für inhaltliche Fragen:
Sabine Stemmler, Tel.: 06181/292 27 17,
E-mail: sabine.stemmler@mkk.de



Sozial- und Gesundheitsdienste zwischen Europa, Nationalstaat und Kommune

Zur Zukunft von Sozial- und Gesundheitsdiensten in Europa

Wie sollen und können soziale Dienste in Europa in Zukunft organisiert, reguliert, erbracht, finanziert und bewertet werden? Welche Zuständigkeiten erhält die EU, welche Kompetenzen verbleiben bei den Mitgliedsstaaten, welche Entscheidungen können bürger- und problemnah auf kommunaler Ebene getroffen werden? Inwiefern müssen freigemeinnützige Träger Sozialer Dienste ihr Angebot und ihre Finanzierungsstruktur an veränderte europäische Rahmenbedingungen anpassen? Inwieweit haben diese ihr Verständnis von gesellschaftlicher Solidarität und Gemeinwohlorientierung neu zu bestimmen? Diese Fragen stellen sich seit der Veröffentlichung des EU-Grünbuchs mit neuer Brisanz.

Am 21. 05. 2003 veröffentlichte die EU-Kommission das Grünbuch „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“. Dieses Dokument hat die Diskussion über Ziele, Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen für die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in vielen Mitgliedsstaaten wie auf EU-Ebene neu belebt. Zu den vielschichtigen Angeboten einer Versorgungsinfrastruktur – die im EU-Jargon mit „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ bezeichnet werden – werden auch Soziale Dienste gerechnet. Einen wichtigen Impuls setzte der Europäische Gerichtshof mit seinem Urteil in der Rechtssache Altmark Trans zum Charakter und zur Zulässigkeit von staatlichen Beihilfen allgemein wie insbesondere für Mehrkosten, die Anbietern von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge entstehen, um staatlich vorgegebene Gemeinwohlverpflichtungen zu erfüllen. Die Entscheidung, die vier Hauptkriterien für die Zulässigkeit von öffentlichen Ausgleichszahlungen benennt, entfaltet Rückwirkungen weit über den Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs hinaus, auf die sie sich bezieht.



Vor diesem Hintergrund veranstalteten das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa und die Platform of European Social NGOs am 02.– 03. 09. 2003 in Berlin die Konferenz „Soziale Dienste als Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in der EU – Ziele, Zuständigkeiten, Rahmenbedingungen“.

Die Konferenz diente dem länder- und trägerübergreifenden Austausch von Meinungen und Positionen sowie einer gemeinsamen Positionierung zu Fragen der Organisation, Regulierung, Erbringung, Finanzierung und Evaluation von Sozial- und Gesundheitsdiensten im Kontext der sich auf Gemeinschaftsebene weiterentwickelnden Rahmensetzungen. Es wurden Schlussfolgerungen erarbeitet und verabschiedet, die auch Forderungen an die EU und die Regierungen der Mitgliedsstaaten umfassen. Sie sind in der Tagungsdokumentation enthalten. Diese ist auf der Projekthomepage des Observatoriums <http://www.soziale-dienste-in-europa.de> unter dem Menüpunkt "Publikationen" eingestellt oder kann kostenfrei über das ISS (vgl. Impressum) bezogen werden.

AnsprechpartnerInnen im ISS:

Mathias Maucher und Beatrix Holzer,

Tel.: 069 95 789-175/-173,

E-Mail: mathias.maucher@iss-ffm.de

und beatrix.holzer@iss-ffm.de

Neustrukturierung der Jugendhilfe in Dahlenburg

Sozialraumorientierung ist zu einem zentralen Prinzip der Jugendhilfe geworden. Unter dem Stichwort Sozialraumbudget werden dabei auch verstärkt finanzielle Veränderungen in der Kinder- und Jugendhilfe diskutiert. Mit der Aufhebung bisher versäulter Finanzierungsstrukturen wird nicht zuletzt die Hoffnung verbunden, Finanzierungen und Ressourcensteuerungen transparenter gestalten zu können.

Vor diesem Hintergrund startete der Landkreis Lüneburg das Pilotprojekt Sozialraum Dahlenburg, mit dem eine Neustrukturierung der Jugendhilfe in der Samtgemeinde Dahlenburg verbunden ist. Ansprechpartner für Jugendliche und Eltern, die Hilfe in Fragen zur Erziehung brauchen, sind künftig die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Deutsche Rote Kreuz (DRK). Der Landkreis Lüneburg als fachlich zuständige Behörde stellt für dieses Projekt ein jährliches Budget zur Verfügung. In einer Rahmenvereinbarung zwischen den Kreisverbänden der AWO und des DRK sowie der Samtgemeinde Dahlenburg und dem Landkreis Lüneburg wird dieser neue Sozialraum ausgestaltet und die Aufgaben beschrieben.

Ziel ist es, sinnvolle Synergieeffekte für Kinder und Jugendliche sowie deren Familien zu ermöglichen. Wenn sich das Pilotprojekt im Raum Dahlenburg bewährt, sind weitere Sozialräume geplant. Daher wurde das ISS-Frankfurt a.M. mit der wissenschaftlichen Begleitung dieses Projektes beauftragt. Neben einer Analyse der Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen findet eine kontinuierliche Evaluation erreichter Veränderungen des Projekts durch das ISS-Frankfurt a.M. statt. Darüber hinaus werden Empfehlungen für das weitere Vorgehen ausgesprochen und mit den Beteiligten diskutiert.

Ansprechpartner im ISS:

Dirk Groß, Tel.: 069 95789-155,

E-Mail: dirk.gross@iss-ffm.de



Ausbildung schafft Perspektiven

Das ISS-Frankfurt a.M. zeigt Verantwortung für den Nachwuchs. Wir bilden aus und ermöglichen Schulpraktika wie auch Praktika für StudentInnen.

Ihr Ansprechpartner:

Hans-Jürgen Heilhecker,

Tel.: 069 95789-118,

E-mail: hans-jürgen.heilhecker@iss-ffm.de



Ludger Stallmann

Praktikum im Rahmen des Diplom-Studienganges Pädagogik seit November 2003



Theodora Rousiadis

Auszubildende seit September 2003

Impressum

Herausgeberschaft: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Am Stockborn 5-7, 60439 Frankfurt am Main, www.iss-ffm.de.

Das ISS e.V. erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn/Berlin, eine institutionelle Förderung.

Verantwortlich i.S.d.P.: Georg Weigel, Direktor
Redaktionsteam: Achim Puhl, Dirk Groß,
Marina Maier; E-Mail: achim.puhl@iss-ffm.de,
Tel.: 069 95789-140

Gestaltung: DingeldeinDesign, 65779 Kelkheim
Druck: DruckSache Dimant GmbH, 61273 Wehrheim
Auflage: 1.500; Erscheinungsdatum: Dezember 2003
Diese Publikation kann in einer Printversion über das ISS e.V. bezogen oder als pdf-Datei unter www.iss-ffm.de heruntergeladen werden.

In eigener Sache ...

Die Zeichen stehen auf Veränderung. Auch das ISS-Frankfurt a.M. ist davon nicht ausgenommen. Vielleicht haben Sie schon davon gehört, dass der Gebäudekomplex Am Stockborn 1-7, in dem sowohl der Deutsche Verein als auch das ISS-Frankfurt a.M. ihre Geschäftsräume haben, aufgegeben werden soll. Nachdem nun für den Deutschen Verein das Umzugsdatum nach Berlin feststeht, wird auch das ISS-Frankfurt a.M. – auch wenn es noch keinen konkreten Umzugstermin gibt – im Laufe der nächsten Zeit ausziehen. Der Standort Frankfurt a.M. wird beibehalten und wir werden einen verkehrsgünstigeren Büroraum im Frankfurter Stadtgebiet anmieten. Im Zuge dieser räumlichen Veränderung werden wir unser Seminarhotel Victor-Gollancz-Haus zum 31. Dezember 2003 schließen und unsere Fortbildungen und Fachtagungen nach einer Übergangsphase außerhalb unserer Büroräume durchführen.

Eine weitere Veränderung betrifft das Fortbildungsangebot des ISS-Frankfurt a.M. In den letzten Jahren waren Angebot und Nachfrage nach Fortbildungen einem starken Wandel unterworfen. Wir haben unser aktuelles Fortbildungsprogramm den neuen Anforderungen angepasst und bieten vermehrt 1-tägige Fachtagungen an, aber auch nachgefragte mehrtägige Fortbildungen und In-house-Veranstaltungen finden sich weiterhin in unserem Angebot.

Wir denken, dass diese Veränderungen eine gute Ausgangsbasis für die Zukunft des ISS-Frankfurt a.M. darstellen und werden Sie auch weiterhin über aktuelle Veränderungen auf dem Laufenden halten.

Seminare und Tagungen

Systemische Mediation in der pädagogischen und sozialen Arbeit – Aufbaukurs, 15.-17.04.2004

Soziale Arbeit mit nichtmotivierten KlientInnen, 25.-27.02.2004

Motivierende Beratung bei alkohol-, medikamenten- oder drogenabhängigen Menschen, 22.-24.03.2004

Aktive Steuerung von Einzelfallhilfen, 10.-12.03.2004

Unser aktuelles Fortbildungsprogramm erscheint in Kürze.

Anmeldungen und Anforderung des aktuellen Programms:

S. Kühnemund, Tel.: 069 95789-114, E-Mail: steffi.kuehnemund@iss-ffm.de

Veröffentlichungen

Erol, S./Schlevogt, V.: Integrationskonzept – Unser Ziel: Einheit in der Vielfalt. Hrsg.: Kreis Offenbach, Integrationsbüro, Dietzenbach 2003

Vandamme, R.: Zum Nutzen von Unternehmen aus Corporate Citizenship, Workshop 25.6.2003, ISS-Aktuell 4/2003

AWO BV Ostwestfalen-Lippe (unter Mitarbeit von Schlevogt, V.):

A Lobby for Children. Approaches Towards social Inclusion of Children in Europe – deutsche und englische Version, Oktober 2003

Puhl, A.: Auswirkung der Hartz-Beschlüsse auf die Soziale Arbeit, ISS-Referat 2/2003

Tagungsdokumentation „Soziale Dienste als Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in der EU – Ziele, Zuständigkeiten, Rahmenbedingungen“, 2./3.9.2003, Berlin, Dezember 2003

Schlevogt, V.: Monheim für Kinder – Aufbau einer Präventionskette zur Verhinderung von Armutsfolgen. Zweiter Sachstandsbericht der wiss. Begleitung, ISS-Aktuell 21/2003